

Der Aufstieg der Sozialdemokratie im Aargau

Autor(en): **Schmid, Arthur**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **25 (1946)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335386>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Man spricht nicht von «Desertierungen», sondern von Desertionen (Seite 159). Der Superlativ von *faul* heißt nicht «der fäulste», sondern der *faulste* (Seite 253). Auf Seite 199 führt Herr Jucker verschiedene Löhne an und bemerkt, ein Mitglied der bolschewistischen Partei bekomme «immer *etwas* weniger, weil *ein großer Teil* seines Lohnes in die Parteikasse fließt». Das erinnert eher an die Arithmetik von Hjalmar Schacht, als an diejenige von Adam Riese.

V. G.

ARTHUR SCHMID

Der Aufstieg der Sozialdemokratie im Aargau

Der Aargau ist ein junger Kanton. Er wurde erst gebildet, nachdem im Jahre 1798 die alte Eidgenossenschaft zusammengebrochen war, und er entstand in seiner heutigen Gestalt erst 1802. Die Gebiete, aus denen er gebildet wurde, waren einstiges Untertanenland des Kantons Bern, der alten Eidgenossenschaft und Oesterreichs. Die fünf ehemals bernischen Bezirke Aarau, Brugg, Kulm, Lenzburg und Zofingen sind protestantisch. Das Freiamt, das zu den «Gemeinen Herrschaften» der alten Eidgenossen gehörte, ist katholisch; ebenso die Bezirke Rheinfelden und Laufenburg, die das Fricktal bilden und bis zur Entstehung des Aargaus österreichisches Gebiet darstellten. Auch in den Bezirken Baden und Zurzach, welche die alte Grafschaft Baden bildeten und Untertanenland der Eidgenossen waren, ist der Katholizismus als religiöses Bekenntnis vorherrschend.

Der Aargau hat sich im Laufe von rund 150 Jahren aus einem Agrarkanton in einen stark industriellen Kanton umgewandelt. Mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen ist in der Industrie und im Gewerbe beschäftigt.

Der Aargau zählt trotzdem keine großen Städte. Aarau mit rund 13 000 Einwohnern ist die größte Ortschaft des Kantons. Um die Industriezentren gruppieren sich Gemeinden, in denen die Industriebevölkerung stark vertreten ist.

Die aargauische Sozialdemokratie war zu Beginn dieses Jahrhunderts noch bedeutungslos. Sie hatte weder im Großen Rat noch in einzelnen Gemeinden eine Vertretung. Vor 1913 hatte die Sozialdemokratische Partei sieben Vertreter im Großen Rate. Diese Zahl konnte im Jahre 1913 auf zwölf erhöht werden.

Da der Aargau aus so verschiedenartigen Teilen besteht, zeigt er immer noch nicht jenes einheitliche Bild, das viele andere Kantone aufweisen. Von den 233 Gemeinden des Kantons sind weit mehr als die Hälfte kleine Gemeinden, die noch stark landwirtschaftlich sind und zum Teil in den ausgesprochen katholischen Gebieten liegen.

Es ist der Sozialdemokratischen Partei im Laufe der letzten 25 Jahre gelungen, zur *weitaus stärksten Partei* des Kantons zu werden. Vor 1919 hatten die Freisinnigen die Mehrheit sowohl im aargauischen Großen Rate als bei der aargauischen Vertretung in der Bundesversammlung.

Am besten wird der Aufstieg der Sozialdemokratie im Verlaufe der letzten 25 Jahre durch die Stimmen bei den Nationalratswahlen veranschaulicht. Nach den Erhebungen des Eidgenössischen Statistischen Amtes betrug die Zahl der sozialdemokratischen Wähler bei den Nationalratswahlen: 1919: 14 025; 1922: 15 276, 1925: 18 696, 1928: 20 668, 1931: 21 273, 1935: 22 621, 1939: 21 576, 1943: 24 363.

1919 hatte die Sozialdemokratische Partei 27,8 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. 1943 waren es 36,3 Prozent.

Der Aufstieg unserer Partei tritt am klarsten in Erscheinung, wenn wir die Entwicklung der drei großen bürgerlichen Parteien seit 1919 betrachten:

	1919		1943	
Kath.-Konservative	12 355	Wähler (24,5 %)	13 761	Wähler (20,5 %)
Freisinnige	12 630	» (25,1 %)	12 386	» (18,5 %)
Bauernpartei	9 986	» (19,8 %)	11 452	» (17,1 %)

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bauernpartei 1919 erst in den Anfängen steckte und erst in den folgenden Jahren richtig organisiert wurde. Sie hat im Jahre 1922 12 241 Wähler, oder 23,9 Prozent, erreicht.

Die Zahlen bei den Nationalratswahlen zeigen, daß die Sozialdemokratische Partei sich fortwährend entwickelt hat. Das war nur möglich, weil die meisten Genossen erkannten, daß nur absolute Geschlossenheit der Bewegung in zum Teil schwierigen Verhältnissen uns einen Erfolg garantiert.

Hatte die aargauische Sozialdemokratie im Jahre 1912 sieben Vertreter im kantonalen Parlament, so sind es heute 67 von 192. Bei den letzten Großratswahlen im Jahre 1945 konnte die Sozialdemokratische Partei ihre Vertreterzahl von 58 auf 67 steigern. Sie ist in den einzelnen Bezirken sehr ungleich vertreten. Im ausgesprochen katholischen und stark bäuerlichen Bezirk *Muri* konnte die Sozialdemokratie bei den Großratswahlen von 11 Mandaten kein einziges erhalten. Bei 3 760 abgegebenen Stimmen entfielen nur

296 auf sie. Im Bezirk *Aarau* dagegen erhielt die Sozialdemokratische Partei von 9 311 abgegebenen Stimmen 3 794. Von 25 Mandaten erhielt sie 11. Im Bezirk *Lenzburg* bekam die Sozialdemokratische Partei von 6514 abgegebenen Stimmen 2959. Von den 17 Mandaten entfielen auf sie acht. Im Bezirk *Zofingen* wurden 9455 gültige Wahllisten abgegeben, davon für die Sozialdemokraten 4188. Von 26 Mandaten entfielen auf sie 12. Im Bezirk *Laufenburg* wurden 3613 gültige Wahlzettel abgegeben. Die Sozialdemokratie erhielt 662. Von 11 Mandaten fielen ihr zwei zu.

Diese Beispiele zeigen, wie verschiedenartig die Bevölkerungszusammensetzung unseres Kantons und wie ungleich stark der sozialdemokratische Einfluß in den einzelnen Bezirken ist.

Im November 1945 fanden die Gemeinderatswahlen, nach dem Mehrheitswahlverfahren, statt. Im ersten Wahlgang gilt das absolute Mehr, im zweiten Wahlgang das relative. Die Wahlen können durch die Urne oder an der Gemeindeversammlung durchgeführt werden, je nachdem es von der Gemeinde beschlossen worden ist. In den meisten kleinen Gemeinden werden die Wahlen durch die Gemeindeversammlung durchgeführt. Die Sozialdemokratische Partei beteiligte sich in etwas über 100 Gemeinden an den Wahlen. Es gelang ihr, ihre Mandatzahl um 27 zu steigern. Die Zahl der Gewinne beträgt 34, die Zahl der Verluste sieben. Die Sozialdemokratische Partei zählt im Kanton rund 180 Vertreter in den Gemeinderäten. Wie verschiedenartig die Verteilung auf die Bezirke ist, zeigen wohl am besten die folgenden Beispiele:

Im Bezirk *Aarau* sind von 67 Gemeinderäten 25 Sozialdemokraten. Im Bezirk *Lenzburg* von 98: 37, im Bezirk *Zofingen* von 91: 27. Im Bezirk *Muri* ist kein einziger Sozialdemokrat in irgendeinem Gemeinderat. Im Bezirk *Laufenburg* ist die Sozialdemokratische Partei nur in Laufenburg, und zwar durch zwei Genossen, im fünfgliedrigen Gemeinderat vertreten. Der eine davon wurde zum Gemeindeammann gewählt.

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Aargau besitzt in 21 Gemeinden die *Mehrheit im Gemeinderat*. Bei den diesjährigen Wahlen wurde die Mehrheit erobert in Burg, Hausen, Henschikon, Klingnau, Kölliken, Othmarsingen, Safenwil, Umiken und Vordemwald. In 17 Gemeinden ist der *Gemeindeammann* (Gemeindepräsident) ein Sozialdemokrat. Es sind das die folgenden Orte: Ammerswil, Baden, Brittnau, Buchs, Burg, Gränichen, Kütigen, Laufenburg, Lauffohr, Menziken, Niederlenz, Oberentfelden, Othmarsingen, Rietheim, Safenwil, Teufenthal und Windisch.

Der Erfolg, den die aargauische Sozialdemokratie bei den diesjährigen Gemeinderatswahlen errungen hat, zeigt, daß die sorgfältige Arbeit der letz-

ten Jahrzehnte sich bewährt. Wenn man bedenkt, wie heterogen der Kanton vor rund 150 Jahren zusammengesetzt wurde, wie stark die Unterschiede zwischen den protestantischen und katholischen Landesteilen waren, wie wenig industrielle Zentren der Kanton besitzt, dann kann man den Erfolg der aargauischen Sozialdemokratie erst richtig würdigen. Sie steht heute, sowohl in ihrer Vertretung im eidgenössischen, wie im kantonalen Parlament, aber auch in ihrer Vertretung in den Gemeindebehörden, in den vorderen Reihen der schweizerischen Kantone.

Eine Botschaft des Präsidenten Truman an den Kongreß der Vereinigten Staaten

Am 7. September 1945, drei Wochen nach der Kapitulation der Japaner, richtete Präsident Truman an den Kongreß der USA eine Botschaft, in der er die Richtlinien der amerikanischen Wirtschaftspolitik ausführlich darlegte. Er beleuchtete die ökonomischen und sozialen Probleme, mit denen sich die amerikanische Nation zu befassen habe, und gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß es gelingen werde, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit durch konstruktive Maßnahmen zu bewältigen. Der Text dieser Botschaft liegt uns im Wortlaut vor, und wir bieten unseren Lesern Gelegenheit, die wichtigsten Abschnitte derselben zu studieren.

Den positiven Gehalt der Botschaft Trumans wird jedermann leicht erkennen. Doch wird auch niemand übersehen, daß Trumans Programm mit schwerwiegenden Widersprüchen und Lücken behaftet ist, die das amerikanische Volk nur durch scharfe innenpolitische Kämpfe wird überwinden können. Die Entscheidung darüber, welchen Weg die Entwicklung Amerikas einschlagen soll, ist noch nicht gefallen. Gegenwärtig herrscht die Tendenz vor, alle unter dem Vollmachtenregime in Kraft gesetzten kriegswirtschaftlichen Eingriffe des Staates abzubauen und die Umstellung auf die Friedensproduktion der freien Initiative des privaten Unternehmertums zu überlassen. Gleichzeitig deutet Truman aber an, daß das Postulat der Vollbeschäftigung unbedingt verwirklicht, der Lebensstandard des Volkes erhöht, der Unternehmerprofit beschränkt, eine Inflation vermieden und für die während des Krieges mächtig angewachsenen Produktivkräfte ausreichender Absatz gesichert werden muß. Truman gibt dabei zu verstehen, daß Amerika um dieser Ziele willen ein neues System staatlicher Wirtschaftslenkung